



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Broecker, Rudolf: Parlamentarismus und berufsständischer Gedanke

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Parlamentarismus und berufsständischer Gedanke

Von Rudolf v. Broecker



Es steht heute nicht zur Wahl, ob die Staatsvernunft eine berufsständische Vertretung schaffen soll oder nicht und, gegebenenfalls, nicht, in welcher Form dies am besten geschieht, sondern es handelt sich einfach darum, festzustellen, in welcher politischen Entwicklung sich Deutschland zurzeit befindet und wie sie realpolitisch zum Besten unseres Volkes beeinflusst werden kann.

Die Nachkriegszeit ist ein Ringen um unsere staatliche Form, gekennzeichnet vor allem dadurch, daß der Stern des Parlamentarismus bereits wieder im Verblaffen ist. Selbst nach Walter Rathenau haben wir die parlamentarische Demokratie als Staatsform zu einer Zeit erhalten, wo sie innerlich schon überholt war. Das ist nicht unrichtig. Der Parlamentarismus hat seine Aufgabe im wesentlichen erfüllt. Sie bestand, ausgehend von den Idealen der französischen Revolution, in der Hauptsache darin, eine ideelle Gleichberechtigung aller Staatsbürger herbeizuführen. Nachdem diese Entwicklung erreicht und teilweise in ihr Gegenteil umgeschlagen ist, nachdem anstatt der Gleichstellung, die Bevorzugung, ja die ausgesprochene Herrschaft der Arbeiterklassen als „Diktatur des Proletariats“ gefordert und durchzuführen versucht wird, kann an der Festhaltung der ideellen Gleichberechtigung kaum noch ein Zweifel bestehen. Nun tritt ein neuer Faktor auf den Plan: Das Bestreben der Arbeiterschaft nach tätiger Anteilnahme an dem Staate in anderer Weise, nachdem sie erkannt hat, daß diese ideelle Gleichstellung ihr den gewünschten starken, ihre materiellen Interessen sichernden Einfluß nicht zu geben vermag. Damit geht Hand in Hand die an Marx anknüpfende strenge Kritik des Parlamentarismus, als einer mittelbaren Herrschaft des Kapitalismus. Gerade diese Kritik hat ihn vielleicht am stärksten unterhöhlt. Gleichzeitig aber macht sich gegenüber dem Parlamentarismus das Bestreben geltend, stärkere Staatsgewalten zu schaffen, als er sie zu bieten vermag. Die Persönlichkeiten Clemenceaus, Lloyd Georges und Wilsons im Kriege, die Millerands, der die Stellung des Präsidenten der Republik verfassungsmäßig stärken will, und Lenins, so verschieden sie im einzelnen sein mögen, sind überall ein Beweis dafür, daß wiederum starke Staatsgewalten für nötig gehalten werden, nicht nur wegen der äußeren Politik in Sturm- und Kriegzeiten, sondern auch wegen der Komplizierung aller innerstaatlichen Probleme durch den Sozialismus und die Arbeiterfragen, ja darüber hinaus ganz allgemein durch die Fragen großer, die Macht des Staates einschränkender Organisationsbildungen, gerade auch auf kapitalistischem Gebiet. Am einfachsten muß sich dieser Konflikt da lösen, wo der Parlamentarismus, wie in England, stets selbst eine starke, aber in sich beschränkte Staatsgewalt zu erzeugen vermochte, am schwierigsten da, wo, wie in Deutschland, dies nicht der Fall gewesen ist, wo die Staatsgewalt alles, auch die Wirtschaft durchzog und dadurch immer schwächer wurde.

Man soll dem deutschen Parlamentarismus keinen besonderen Vorwurf machen. Er konnte nichts anderes werden, als was er nach der Ungeeignetheit seines Systems für unseren Volkscharakter werden mußte: ein Element, nicht des nationalen Aufbaues, sondern der nationalen Zersetzung. Die Erbfehler und

Schwächen des deutschen Volkscharakters haben durch den Parlamentarismus bei uns einen überaus günstigen Nährboden erhalten. Der deutsche Volkscharakter leidet insoweit vor allem an zwei Übeln: einmal an der aus dem leidigen Eigensinn, der Schattenseite des Charakters, entspringenden Eigenbrödelei, die zersplitternd durch die ganze deutsche Geschichte gewirkt hat, und zum andern an der Kritiklosigkeit, mit der selbst vom Gros der Gebildeten „in deutscher Treue“ einmal erwählten Führern Gefolgschaft geleistet wird, und die die überaus traurige Rehrseite hat, beim Führer selbst wieder falsche Selbsteinschätzung hervorzurufen. Beides hat das von Herrfahrdt¹⁾ hervorgehobene Ausspielen einer Volksklasse gegen die andere besonders erleichtert, und hierzu ist noch getreten das unserem Idealismus entsprechende Arbeiten mit unkontrollierbaren Zukunftsidealen. Der Parlamentarismus hat die fehlerhaften Anlagen unseres Volkscharakters geradezu hochgezüchtet. Ein politisches System, das den Fehlern des Volkscharakters entgegenkommt, kann aber unmöglich auf die Dauer zum Segen eines Volkes ausschlagen. Schließt man daraus auf eine Berechtigung für seine Abwandlung durch den berufsständischen Gedanken, so muß man aber realpolitisch berücksichtigen, daß sich diese innerhalb des geltenden Systems kaum wird erreichen lassen. Ein politisches System, das in sich so geschlossen ist, wie der Parlamentarismus, kann sich nicht aus sich selbst heraus umwandeln. Tut es das, so vernichtet es sich. So wenig staatsmännischen Blick wir stets noch bei allen Parteien feststellen mußten, wo es sich um die Belange der Allgemeinheit handelt, soviel instinktives Gefühl für die Behauptung ihrer eigenen Stellung haben sie immer bewiesen. Und insoweit werden sie auch in dieser Frage unfruchtbar bleiben. Wie der Reichstag seit 1871 in großen nationalen Fragen nie initiativ, selten aufbauend, meist aber zersetzend gewirkt hat, wie er insbesondere den nationalen Wiederaufbau nach dem verlorenen Kriege nie fertig bekommen wird, weil jede Partei es nach ihrer Fassung machen will, so wird auch der Parlamentarismus bei uns nie imstande sein, die große politische Führung zu übernehmen und sich selbst zu überwinden. Er wird immer nur der Parlamentarismus der unfähigen und tatenlosen Mitte sein, nie aber, wie in England, der Träger eines starken nationalen Gesamtwillens. Es ist dies ja auch gerade die Absicht seiner politischen Förderer, nur keine Aktivität im politischen Leben, weder nach innen noch nach außen, um so auf dem Rücken der mit den Schlagworten des freiesten und demokratischsten Staatswesens eingeschläferten Masse gehörig Geschäfte machen zu können. Insbesondere erscheint ausgeschlossen, daß er ernsthaft daran denkt, dem berufsständischen Gedanken Konzessionen zu machen. Er weiß, daß, wenn er es tut, seine Macht gebrochen ist. Die Parlamentarier aller Parteien sind insofern viel zu sehr an der Macht ihres Parlaments, das ihnen erst die richtige Folie gibt, interessiert, ganz abgesehen von allen den sehr mächtigen Kreisen im Staate, denen das Parlament nur Dekoration und Mittel zum Zweck ihrer eigenen eigennütigen Macht und Politik ist. Beide Teile haben für sich die alte Wahrheit erkannt, die unseren politischen Führern der nachbismarckschen Zeit versagt blieb, daß es andrängenden feindlichen Strömungen gegenüber nur zweierlei Möglichkeiten gibt: nicht nachgeben, wenn man die Macht dazu hat,

¹⁾ Herrfahrdt, Das Problem der berufsständischen Vertretung (vgl. Grenzboten, Heft 12).

oder rechtzeitig nachgeben, wenn man zum Nichtnachgeben nicht stark genug ist, daß aber zu spätes Nachgeben nichts nützt. Und zu spät würde es heute für den Parlamentarismus sein. Er ist innerlich bereits zu schwach, um nicht bei ernsthaften Konzessionen an den berufsständischen Gedanken ganz an die Wand gedrückt zu werden. Wir haben es jetzt beim Reichswirtschaftsrat erlebt, daß er seitens des Parlaments nicht ehrlich und ernsthaft gemeint ist. Durch Übertragung parlamentarischer Formen auf den Reichswirtschaftsrat, die für ihn seiner ganzen Anlage nach nicht passen, wird teils bewußt, teils unbewußt dahin gearbeitet, den berufsständischen Gedanken in seiner praktischen Auswirkung zu kompromittieren, in der Hoffnung, ihn dann ebenso schnell wieder zu den Alten legen zu können, wie es 1881 mit Bismarcks Volkswirtschaftsrat geschah. Andererseits muß man gerecht sein und anerkennen, daß die parlamentarische Atmosphäre, selbst für sehr weitblickende und großzügige Männer, eine verstandesgemäße Abneigung gegen berufsständische Vertretung erregen konnte, die nur durch Tatsachen belehrbar erscheint. Mag der berufsständische Gedanke, wie es allen Anschein hat, immer volkstümlicher in Deutschland werden, der Parlamentarismus wird dieser Volksstimmung immer nur gezwungen Rechnung tragen, sei es, daß er gezwungen wird im Wege des — noch unerprobten — Volksentscheides, sei es, daß es geschieht im Wege gewaltfamer Erschütterungen.

Das Wesentliche in dieser Kritik des Parlamentarismus einerseits und des berufsständischen Gedankens andererseits ist das, daß wir als Nation zu unserem Aufbau einer innerstaatlichen Neuordnung bedürfen, daß die Kräfte für ihn im Parlamentarismus nicht zu finden sind und daß große Volksströmungen rechts wie links vorhanden sind, die danach streben, diese Neuordnung auf beruflicher Grundlage aufzubauen, mindestens diese stark zu berücksichtigen. Aufgabe des Staatsmannes muß es sein, diese Strömungen zu fördern, in staatsbildendem Sinne zu beeinflussen und zusammenzuführen, bis sie zu gegebener Zeit klar und stark genug sind, um sich in verfassungsrechtliche Formen gießen zu lassen und behaupten zu können. Es handelt sich um unsere innere Einigung. Mangels eines starken Idealismus ist sie auf rein parlamentarischem Wege nicht mehr zu erreichen. Ob sie berufsständisch möglich ist, ist heute nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Außerordentlich naheliegend ist aber immerhin beim Vorhandensein der geschilderten Strömungen das eine, daß der Versuch gemacht werden muß, die großen Berufsstände dem Staatsgedanken dienstbar zu machen, daß eine Neutralisierung des Interessentkampfes dazu notwendig ist, und daß diese nur Aussicht auf Erfolg hat, wenn für seinen Austrag die politische Methode geändert wird. Alles, was über Trennung von Politik und Wirtschaft, Entpolitisierung der letzteren und dergleichen mehr geschrieben und gesprochen wird, ist bei dieser Gegenüberstellung verfehlt und trifft nicht den Kern der Sache. Auch die Wirtschaft ist letzten Endes politisch, zumal heutzutage im Stadium der Weltwirtschaft. Nicht die Verbindung von Politik und Wirtschaft ist unser Unheil, sondern die Benutzung politischer Methoden, die für rein politische Fragen geschaffen wurden, für wirtschaftliche Fragen. Wo es sich um Produktion und Absatz handelt, kann nicht so vorgegangen werden, wie da, wo kulturelle und Verwaltungsinteressen in Frage stehen. Wie man keinen Kaufmann als Pfarrer anstellen wird, so kann man auch die Betrachtungsweise

des Pfarrers nicht für kaufmännische Geschäfte zugrunde legen, und wie man in einer Person nicht Richter und Zeuge sein kann, so kann der Einheitsparlamentarismus auch nicht gleichzeitig Vertreter der Staatsgewalt und Vertreter mit ihr kollidierender Interessen sein. Zwei verschiedene Aufgaben erfordern eben auch zwei besondere Einrichtungen. Der wirtschaftliche Interessentkampf ist deshalb so unerhört scharf geworden, weil die politische Methode des Parlamentarismus auf ihn übertragen wurde und für ihn nicht paßt. Und heute liegt die Sache so, daß es nicht unmöglich ist, daß der Parlamentarismus darüber einfach zugrunde geht. Die großen Berufsverbände könnten sich selbst und dem Parlamentarismus keinen besseren Dienst leisten, als wenn sie sich wieder voneinander distanzieren würden. Aber die Entwicklung geht vielleicht gerade in entgegengesetzter Richtung. Da sie zurzeit nur durch das Parlament ihre Interessen vertreten können, gehen die Führer der großen Berufsverbände in die politischen Parteien. Dadurch werden die Berufsverbände parlamentarisch verstrickt, der berufsständische Gedanke in seiner Weiterentwicklung gehemmt und gerade das erreicht, was vermieden werden sollte: die weitere Durchsetzung der politischen Parteien mit wirtschaftlichen Interessen — bis sich schließlich diese unnatürliche Methode überschlagen und den Parlamentarismus aus sich heraus sprengen mag.

Solche Hemmungen der inneren Einigung müssen überwunden werden. Als Bismarck das schier unglaubliche Werk der Einigung der deutschen Stämme gelang, griff er zu einem Mittel, von dem er, wie er selbst zugibt, keine rechte Vorstellung seiner Wirkung hatte: „Er warf die stärkste aller freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, in die Pfanne“. Der Erfolg gab ihm recht. Und wenn dies Mittel später vielleicht hervorragend dazu beigetragen hat, sein Werk zu zerstören, so hat es zu seiner Zeit doch dazu gedient, es zu schaffen. Auch wir haben keine rechte Vorstellung von der Wirksamkeit eines berufsständischen Aufbaues des Staates. Aber große Volksströmungen hängen an dem Gedanken, auf ihre Berufsverbände den Staat zu stützen, während sie seiner jetzigen rein theoretisch aufgebauten Verfassungsform kalt und verständnislos gegenüber stehen. Es ist oft genug ausgesprochen worden: uns bleibt in unserer jetzigen Lage nichts als der deutsche Geist. Er wird sich in Wissenschaft und Technik, in Handel, Wandel und Landwirtschaft weiter bewähren, er darf aber auch auf staatspolitischem Gebiete nicht schlafen. Im berufsständischen Gedanken haben wir ein solches Gebiet, welches selbst bei einer durch die Feinde kontrollierten Staatsverwaltung Freiland bleiben würde, ganz besonders, wenn der Gedanke im Wege der Selbstverwaltung weiter verfolgt wird. Auf ihm allein können wir heute unsere politisch nationale Kraft schöpferisch betätigen, getragen von den Kräften, die nach dem Niederbruch unseres politischen Idealismus bei einem großen Teil unserer Intelligenz, gerade auch der auf wirtschaftlichem Gebiete führenden, und gleichzeitig in den Massen lebendig sind.

Das Wichtigste hierbei ist aber der richtige Weg. Er kann nur darin liegen, daß das Alte absterben und das Neue neu wachsen muß, bis ein neuer Bismarck die Reife der Lage erkennt und handelt. Vielleicht war es der stärkste Fehler, den Preußen-Deutschland begangen hat, daß es immer bewußter von der Stein-Gardenbergischen Weisheit abbrückte, so daß sie ihm schließlich in der nachbismarckischen Zeit vollkommen verloren ging. Die Theorie und das Schema

siegten, unter eifriger Beihilfe des Sozialismus, über den einfachen und natürlichen Gedanken, daß ein großes Staatswesen den realen Volkskräften nur dienen kann, wenn es sie sich selbständig entfalten läßt. Daher liegt das Schwergewicht der ganzen Frage berufsständischer Vertretungen, wie sie sich uns heute darstellt, zu mindest im Stadium des Aufbaues, nicht in der Spitze, sondern in den unteren Stufen. Die wiederaufbauende Arbeit des berufsständischen Gedankens muß den umgekehrten Weg gehen, wie die zersezende des Parlamentarismus. Der Parlamentarismus hat sich von der Spitze nach unten fortgesetzt, hat alles in Parteien gespalten und in Debattierklubs aufgelöst. Die produktive Arbeit, gerade auch die auf politischem Gebiete in den unteren Stellen, wie Gemeinde- und Kommunalverbänden, ist darüber zum Teufel gegangen. Ist der berufsständische Gedanke ein Mittel dafür, daß die dem Staate entfremdeten produktiven Volkskräfte den Staat wieder als ihren Staat empfinden lernen, so muß er sich von unten nach oben fortsetzen. Wir haben in der unteren Stufe genügend berufliche Organe, wir brauchen keine neuen, ganz besonders nicht, wenn man sich entschließt, die großen Berufsverbände, die sich mit monopolartiger Tendenz durchgesetzt haben, zu legalisieren und nur insoweit zu ergänzen, als auch die in ihnen nicht vertretenen Schichten eine angemessene Vertretung erhalten müssen. Was aber not tut, ist alle diese Organe, so wie sie natürlich entstanden sind, nunmehr auch in natürlicher Weise zu verbinden und sie nicht durch ein neues Schema von oben wieder zu durchkreuzen. Das kann nur dadurch geschehen, daß zwischen ihnen als Gliedern einer höheren Einheit eine reinliche Arbeitsteilung stattfindet. Man hat es als Vorzug des Parlamentarismus gepriesen, daß er die früher so strenge Teilung zwischen Gesetzgebung und Verwaltung beseitigt hat; das „Volk“ habe dadurch seinen Einfluß bis in die letzten Ecken staatlichen Wirkens ausgedehnt. Über Berechtigung und Zweckmäßigkeit dieses Grundsatzes läßt sich streiten. In Deutschland hat man seine Vorzüge jedenfalls schwächer empfunden als seine Nachteile. Setzt er sich neben dem berufsständischen Gedanken weiter durch, so kann die durch die berufsständische Gliederung bedingte Teilung zwischen den Interessensphären des Staates und der Berufsstände nur dadurch erfolgen, daß dem Gedanken der Selbstverwaltung wieder weiter Raum gegeben wird, nicht nur auf dem Gebiete der eigentlichen Verwaltung fertiger Gebilde, sondern gerade auch auf dem gesetzgeberischen der Einrichtung und Ausgestaltung ihrer Gliederung. Das bedeutet eine Einengung der Staatsgewalt auf organisatorischem Gebiete. Selbst der Sozialismus wird zugeben müssen, daß die schlechten Erfahrungen, die der Staat in den letzten Jahren mit seiner zentralistischen Organisationstätigkeit gemacht hat einer Abkehr von ihr das Wort reden. Die Selbstverwaltung der großen Berufsstände muß aber irgendwie räumlich Wurzel schlagen, sie muß „bodenständig“ ein. Sie hat weiter nur Sinn, wenn die produktive Struktur der Berufe, insbesondere der Industrie so grundlegend berücksichtigt wird, wie sie sich nun einmal in Kartellen, Syndikaten, Interessengemeinschaften, gemeinwirtschaftlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und dergleichen entwickelt hat. Diese produktive Struktur ist vielfach räumlich über den Bezirk der alten politischen Selbstverwaltungskörper hinausgewachsen. Der Begriff „Wirtschaftsprovinzen“ wurde geprägt und beginnt aller Widerstände ungeachtet sich Geltung zu verschaffen; das

Leben zerbricht die alten Formen. Und so gewinnt die Frage der mittleren Stufe einer berufsständischen Vertretung ganz besondere Bedeutung. Solche sollen nach der Reichsverfassung die Bezirkswirtschaftsräte sein. Außerordentlich gedankenreiche und inhaltvolle Vorschläge sind hierzu von der rheinisch-westfälischen Industrie gemacht worden (vergleiche besonders das Sonderheft „Organische Wirtschaft“ der „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk“, Essen, Oktober 1920). Sie heben die Notwendigkeit der Selbstverwaltung gleichfalls hervor und decken sich mit der vorstehend vertretenen Ansicht insofern, als auch sie betonen, daß sich von vornherein theoretisch gar nicht entscheiden läßt, wie eine berufsständische Vertretung, gerade auch in der Spitze, aufgebaut sein soll, sofern nicht schon über ihren Unterbau Klarheit herrscht. Dies um so mehr, als, wenn man dem Gedanken der Selbstverwaltung gerade auch auf der mittleren Stufe der Bezirkswirtschaftsräte, weitgehend Rechnung trägt, dies ganz unvermeidlich wiederum eine weitgehende Einwirkung auf die bisherige Gliederung unserer gesamten staatlich-politischen Gestaltung ausüben muß. Wer sich davor scheut, verkennt die Wirksamkeit der im staatlichen Leben treibenden Kräfte. Wie nichts künstlich gemacht werden soll, so darf auch künstlich nichts aufrecht erhalten werden, was in sich nicht mehr lebensfähig ist. Hierüber gehen naturgemäß die Ansichten scharf auseinander, aber der Grundsatz dürfte wohl richtig sein.

Wie sich dann später die endgültige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates vollzieht, in welcher Weise die verfassungsrechtliche Auseinandersetzung mit dem Parlament kommt und zu welchen weiteren Konsequenzen sie vielleicht führt, alles das geht über den Rahmen dieser Betrachtung hinaus. Insbesondere kann die Frage des Wirksamwerdens der Spitze (in sich abstimmend? — beratend? — entscheidend?) zunächst auf sich beruhen. Das Wesentliche am berufsständischen Gedanken in seiner modernen Form ist, unter Beibehaltung demokratischer Grundsätze zur Auswahl der Berufsvertreter, die Betätigung dieser nach anderen Methoden als der für seine Zwecke nicht passenden parlamentarischen. Die unteren Stufen sollen sich selbst organisieren. Wenn sie es wirklich auf der Grundlage des Berufes tun, so muß dies zur Folge haben, daß die im Berufe Tüchtigsten und zur Führerschaft Geeignetesten hervortreten und in die obersten Stufen entsandt werden; dies ganz besonders zu einer Zeit, wo die allgemeine Notlage eine solche Auswahl auch dem Interesse der einzelnen Berufsgenossen empfiehlt. Die also Erwählten werden schließlich in den oberen Stufen kraft ihres höheren Intellekts genügend Gemeinsinn haben, um sich ins Ganze einzuordnen, jedenfalls sich lieber mit ihresgleichen einigen, als die Entscheidung dem Zufall einer großenteils unsachverständigen, nach anderen Gesichtspunkten zusammengesetzten, nach anderer Methode arbeitenden, parlamentarischen Mehrheit zu überlassen. Das bedingt eine Umstellung der Geister in weiten Schichten unseres Volkes. Wir sehen, daß sie im Fluß ist, wir sehen auch die gewaltigen Widerstände gegen sie. Aber es ist kein Kampf von Weltanschauungsgegensätzen, wie die politischen Parteien, die sich so gerne auf sie berufen, uns glauben machen wollen. Es ist nur ein Kampf um Form und Methode. Wir wären nicht Deutsche, wären unserem Wesen nicht treu, wenn wir ihn nicht führen und irgendwie beendigen würden.